

# BR/GT I/33 d/69

## Travaux Préparatoires EPÜ 1973

### Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS

UEBER EIN EUROPAEISCHES  
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 15, 16, 24a, 25,  
26 bis 28 und 30, 29,  
73, 88, 88a

(von der Redaktionsgruppe überarbeitete Fassung)

## SECHSTER TEIL

### AUFRECHTERHALTUNG EINER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG UND EINES EUROPÄISCHEN PATENTS

#### Bemerkung:

Die aus dem europäischen Verfahren herrührenden Patente sind entweder nationale Patente für die Länder, die kein besonderes Uebereinkommen nach Artikel 8 a geschlossen haben, oder einheitliche Patente für die Vertragsstaaten eines solchen Uebereinkommens. Die Arbeitsgruppe war daher der Ansicht, dass abweichend von der Regelung, die für die vor der Erteilung des europäischen Patents erhobenen Gebühren vorgeschlagen ist, die nach dieser Erteilung erhobenen Gebühren je nach der Sachlage entweder entsprechend den nationalen Vorschriften für nationale Patente an die nationalen Aemter oder nach den für die einheitlichen Patente vorgeschriebenen Bestimmungen des in Artikel 8 a vorgesehenen Uebereinkommens an die nach diesem Uebereinkommen zuständige Stelle zu entrichten sind.

Die Arbeitsgruppe war ferner der Meinung, dass die Finanzierung des Europäischen Patentamts nicht nur durch die Gebühren gewährleistet werden kann, die im Zuge des Erteilungsverfahrens erhoben werden, wenn für diese Gebühren nicht ein prohibitiver Satz festgesetzt werden soll. Die Gruppe war daher der Ansicht, dass die Jahresgebühren, die für aus dem europäischen Verfahren herrührende Patente erhoben werden, nach einem noch festzulegenden Aufteilungsschlüssel zur Finanzierung des Europäischen Patentamts herangezogen werden müssen.

## KAPITEL II

### RECHT AUF DAS PATENT

#### Artikel 15

#### Recht auf Erlangung des europäischen Patents

(1) Das Recht auf das europäische Patent steht dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu. Ist der Erfinder ein Arbeitnehmer und gewährt das auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anwendbare nationale Recht das Recht auf das Patent dem Arbeitgeber, so steht das Recht auf das europäische Patent dem Arbeitgeber oder seinem Rechtsnachfolger zu. Haben mehrere eine Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, der zuerst eine Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt eingereicht hat.

(2) Im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt gilt der Patentanmelder als berechtigt, das in Absatz 1 vorgesehene Recht geltend zu machen.

Artikel 16

Patentanmeldung durch Nichtberechtigte

(1) - gestrichen -

(2) - gestrichen -

(3) Ist durch eine rechtskräftige Entscheidung festgestellt worden, dass das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder ist, so kann diese Person, sofern das europäische Patent noch nicht erteilt worden ist, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung eine neue Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen. Die neue Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt der früheren Anmeldung eingereicht und genießt gegebenenfalls deren Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der neuen Anmeldung nicht über das hinausgeht, was in der früheren Anmeldung beschrieben worden ist. Die frühere europäische Patentanmeldung gilt als zurückgenommen, wenn die neue Anmeldung eingereicht worden ist.

(4) - gestrichen -

## KAPITEL V

### DIE PATENTANMELDUNG ALS GEGENSTAND DES VERMOEGENS

#### Artikel 24 a

#### Einheitlichkeit der europäischen Patentanmeldung

Die europäische Patentanmeldung kann für alle benannten Staaten oder für einen oder mehrere dieser Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein, vorbehaltlich von Bestimmungen eines besonderen Uebereinkommens nach Artikel 8 a. Eine Uebertragung beeinträchtigt jedoch in keinem Falle die Einheitlichkeit der Anmeldung im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Die Rechtsinhaber in den verschiedenen Ländern gelten für dieses Verfahren als gemeinsame Anmelder.

Artikel 25

Uebertragung der europäischen Patentanmeldung

(1) - gestrichen; s. Art. 24 a -

(2) Die rechtsgeschäftliche Uebertragung der europäischen Patentanmeldung muss schriftlich erfolgen und bedarf der Unterschrift der Vertragsparteien.

(3) Der Rechtsübergang wird auf Antrag eines Beteiligten in das europäische Patentregister eingetragen, wenn das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Uebertragungsvertrags oder der öffentlichen Urkunden, aus denen sich der Rechtsübergang ergibt, oder zur Feststellung des Rechtsübergangs ausreichende Auszüge aus dem Vertrag oder den Urkunden vorgelegt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(4) Ein Exemplar der in Absatz 3 genannten Unterlagen wird vom Europäischen Patentamt aufbewahrt; das Europäische Patentamt gewährt auf Antrag und nach Entrichtung der in Artikel 162 Absatz 3. vorgesehenen Gebühr Einsicht in diese Unterlagen.

zu Artikel 25

(5) Der Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst wirksam, wenn er in das europäische Patentregister eingetragen ist; er wird nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus den in Absatz 3 genannten Unterlagen ergibt.

(6) - gestrichen -

Bemerkung:

Es muss vorgesehen werden, dass das Europäische Patentamt von einem Wechsel des Inhabers des europäischen Patents während der Einspruchsfrist oder der Dauer des Einspruchsverfahrens unterrichtet wird.



Artikel 26 - 28 a und 30

Bemerkung:

Die Frage, ob diese Artikel erforderlich sind und gegebenenfalls welchen Wortlaut sie haben sollen, wird später geprüft werden.

Artikel 29

Vertragliche Lizenzen an einer europäischen Patent-  
anmeldung

(1) Eine europäische Patentanmeldung kann Gegenstand von Lizenzen für alle oder einen Teil der Gebiete der benannten Vertragsstaaten sein.

Bemerkung:

Die Frage, ob Absatz 1 erforderlich ist, soll später geprüft werden.

(2) Artikel 25 Absätze 3 und 4 findet auf die Erteilung oder den Uebergang einer Lizenz an einer europäischen Patentanmeldung Anwendung.

Artikel 73

Wirkung des Prioritätsrechts

Das Prioritätsrecht hat die Wirkung, dass der Zeitpunkt der ersten Anmeldung

a) als Zeitpunkt der europäischen Patentanmeldung im Sinne des Artikels 11 Absätze 2 und 3 sowie des Artikels 15 Absatz 1 gilt

b) - gestrichen -

KAPITEL II  
NEUHEITSPRUEFUNG

Artikel 88

Antrag auf Prüfung

(1) Das Europäische Patentamt prüft auf Antrag, ob die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Uebereinkommens genügen.

(2) Der Antrag kann vom Anmelder oder von jedem Dritten bis zum Ablauf von zwei fünf sieben Jahren nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung gestellt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Prüfungsgebühr entrichtet worden ist.

(3) Wird der Antrag vom Anmelder gestellt, so soll dieser mit dem Antrag zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern.

(3a) Wird der Antrag für die Anmeldung eines europäischen Zusatzpatents gestellt, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Zustellung der Aufforderung für die Anmeldung des Hauptpatents einen Antrag nach Ab-

zu Artikel 88

satz 1 zu stellen. Wird der Antrag nicht gestellt, so gilt die Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents.

(4) Der Antrag kann nicht zurückgenommen werden.

(5) Ist ein Antrag auf Prüfung gemäss Absatz 2 eingereicht worden, so gelten spätere Anträge auf Prüfung als nicht eingegangen. Entrichtete Gebühren werden zurückgezahlt.

(6) Wird bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist ein Antrag auf Prüfung nicht gestellt, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Bemerkungen zu Artikel 88:

1. Eine Delegation würde ein Verfahren der sofortigen Prüfung vorziehen, wobei gegebenenfalls vorgesehen werden könnte, dass der Verwaltungsrat eine Verschiebung des Antrags auf Prüfung beschliessen kann, sofern dies die Umstände erfordern.

Bemerkung zu Absatz 2:

2. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe sollte für den Fall, dass die in Absatz 2 genannte Frist lang ist, geprüft werden, ob es zweckmässig ist, Bestimmungen vorzusehen, die es Dritten ermöglichen, einen Prüfungsantrag einzureichen, ohne die volle Prüfungsgebühr zu entrichten.

Artikel 88 a (neu)

Änderung des Verfahrens durch den Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat kann die in Artikel 88 Absatz 2 vorgesehene Frist für die Einreichung eines Antrags auf Prüfung verkürzen oder verlängern.

Bemerkung:

Die Arbeitsgruppe ist der Ansicht, dass dieser Absatz nach Festlegung der in Artikel 88 Absatz 2 vorgesehenen Frist erneut geprüft werden sollte.

(2) Der Verwaltungsrat kann anordnen, dass für bestimmte Gebiete der Technik auf Aufforderung des Europäischen Patentamts ein Prüfungsantrag vom Anmelder zu stellen ist, sofern ein öffentliches Interesse an einer solchen Regelung besteht.

(3) Der Verwaltungsrat kann anordnen, dass für bestimmte Gebiete der Technik auf Aufforderung des Europäischen Patentamts ein Prüfungsantrag vom Anmelder zu stellen ist, wenn die Geschäftslage des Europäischen Patentamts eine sofortige Durchführung der Prüfung für diese Gebiete zulässt.

(4) Ist eine Anordnung nach den Absätzen 2 oder 3 ergangen, so fordert das Europäische Patentamt den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von sechs Monaten einen Prüfungsantrag zu stellen und die Prüfungsgebühr zu zahlen. Wird die Gebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.